

**Haushaltsrede der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft  
zur Verabschiedung des Kreishaushalts 2007 am 9.2.2007 in Freckenhorst**

Sehr geehrter Herr Landrat, verehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der anwesenden Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen Kreistagsabgeordnete und ganz besonders liebe Bürgerinnen und Bürger des Kreises Warendorf !

Es ist mir eine Ehre und zugleich eine Freude, in Vertretung des grippeerkrankten Fraktionsvorsitzenden N. Wiemann die Rede zur Einbringung des Kreishaushaltes 2007 halten zu dürfen und darin die grundlegenden Gedanken, Anregungen und Kritikpunkte der Freien Wähler zum Ausdruck zu bringen.

Die Fraktion der FWG begrüßt das neue kommunale Finanzmanagement im vollen Umfang und steht mit Überzeugung hinter dem damit verbundenen Mehr an Transparenz, Aussagekraft, Vergleichbarkeit und langfristiger Kalkulierbarkeit.

Die Methoden, Möglichkeiten und Versuchungen taktischer Verschiebungen werden hierdurch hoffentlich ebenso der Vergangenheit angehören, wie die endlosen internen Transferbuchungen , ohne Auswirkungen auf das Gesamtergebnis.

Der Haushaltsentwurf 2007 ist zwar nach den neuen Grundregeln erstellt, er ist jedoch sehr dürftig ausgestattet !

Die Eröffnungsbilanz per 1.1.2007 konnte naturgemäß noch nicht erstellt werden, das tatsächliche Ergebnis 2005 als wichtiger Vergleichswert hätte schon vorhanden sein sollen.

Ohne die erläuterte Abschreibungsbemessungsgrundlage läßt sich die millionenschwere Aufwandsposition AfA überhaupt nicht nachvollziehen.

Eine Vielzahl von Haushaltsansätzen ist zusammengefasst und ohne detaillierte Erläuterungen dargestellt.

Dabei ist es sehr wohl Sinn und Zweck des Haushaltsplans, vorgesehene und durchgeführte Einzelmaßnahmen von einigem Gewicht für die Bürger erkennbar darzustellen.

Die reichlich vorhandenen Freiflächen und Leerblätter , Herr Kreiskämmerer, weisen in aller Deutlichkeit darauf hin, welcher Informationsbedarf zukünftig im Wege Ihrer Bringschuld gedeckt werden sollte !

Inhaltlich, meine Damen und Herren, bietet dieser Haushalt was den Ausgabenbereich anbelangt, wenig Anlass zur Kritik.

Ihr erkennbares Bemühen, weder überzogene Investitionen zu tätigen, noch im Kostenbereich zu großzügig zu agieren, sondern wo möglich einzusparen, findet auch unsere ausdrückliche Zustimmung.

Zu nicht beeinflussbaren, gewaltigen Belastungen unseres Sozialhaushalts ist es müßig, Ausführungen zu machen, wir wiederholen uns nur.

Es gibt jedoch auch Arbeitsbereiche innerhalb der Kreisverwaltung ( Themen: Ambulante/Stationäre Pflege oder Realisierung von Forderungen ) , die noch nicht optimal gelöst sind.

Dank der umfangreichen Ermittlungen und Auswertungen des Rechnungsprüfungsamtes, Herr Gossing, Ihnen und Ihren Mitarbeitern ein herzliches DANKE SCHÖN von dieser Stelle, ist deutlich geworden, welche erheblichen Kosten tlws. mit Langzeitwirkung entstehen können bzw. entstanden sind bei nicht optimaler Umsetzung vorhandener gesetzlicher Vorgaben.

Herr Landrat Dr.Gericke, Sie sollten die Feststellungen des Prüfungsamtes als willkommene Verbesserungsvorschläge entgegennehmen.

Persönliche Zurechtweisungen in rüdester Form an den Leiter des Prüfungsamtes im Rahmen der Berichterstattung an den Rechnungsprüfungsausschuss verbieten wir uns zukünftig !

Die Ausgaben des Kreises für die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung waren in den letzten Jahren stets Thema der FWG.

Dabei ging es um etwa vorhandene Finanzmittel und insoweit weiteren Finanzierungsbedarf des Kreises.

Es ging und geht nicht um die Notwendigkeit der Wirtschaftsförderung an sich.

Neuorientierung der GfW wird von allen Seiten eingefordert, die FWG sieht deren Aufgaben im Wesentlichen in zwei Bereichen:

**Kreisintern** : **Arbeitsmarkt-**  
**regulierende,unterstützende,begleitende,vermittelnde,fördernde**  
**Maßnahmen unter spezieller Einbeziehung der Schulen und potenzieller**  
**Arbeitgeber.**

**Kreisextern : Vermarktung des Standortes „Kreis WAF“ zum Wohle aller Städte**

**Wir sehen die Aufgabe der GfW keinesfalls darin, den Eigenbestrebungen der Städte Konkurrenz zu machen!**

**Man muss sich immer wieder fragen, warum die Herren Bürgermeister der größeren Städte nicht klarere Positionen beziehen , hätten Sie eigentlich gerne die Anteile der VB übernommen, oder wurden Sie gar nicht gefragt ?**

**Erklären Sie, Herr Landrat, Ihren Bürgern bitte, dass sie zukünftig mehr Geld über die Kreisumlage in die GfW stecken müssen!**

**Das Thema „Abschiebep Praxis“, Herr Landrat , wird Ihnen wie ein Bratapfel in viel zu warmer Jahreszeit auf dem Teller liegen.**

**Dennoch, es bleibt ein Thema , und es geht weiterhin um Menschenschicksale.**

**Wir möchten uns ausdrücklich nicht dem Chor derer anschließen, die aus Gefühlen heraus ohne erforderliches Hintergrundwissen meinen, Ihnen Verantwortungslosigkeit vorwerfen zu sollen.**

**Wir sind von der Rechtmäßigkeit Ihres Handelns überzeugt, spüren Ihre menschliche Betroffenheit und gehen auch zukünftig davon aus, daß Sie Ermessensspielräume großzügig nutzen und sofern mögliche Fehler passieren, diese dahingehend korrigieren.**

**Die Finanzierung unserer Ausgaben, die Einnahmeseite und hier insbesondere die Erträge aus der allgemeinen Kreisumlage der Städte und Gemeinden ist für die FWG bei dem Haushalt 2007 das Zentralthema.**

Dazu kommt die Frage, ob es richtig sein kann, auch im Sinne der Gemeindeordnung, erst recht aber im Bestreben, den Bürgern gerecht zu werden, beträchtliches Vermögen (Aktienwert 50 Mill.) und daraus resultierende Erträge (Kursgewinne in den letzten 3 Jahren ca. 30 Mill. €) u. Dividenden nicht im Haushalt und damit für jedermann ersichtlich zu deklarieren sondern in einer „Nebengesellschaft“ im kleinen Gesellschafterkreis zu „pflegen“.

Zu dem Gedanken, nicht transparent genug mit dem Geld unserer Bürger umzugehen (aus dem Beteiligungsbericht geht kein Kurswert hervor) kommt die Befürchtung, nicht verantwortungsvoll genug zu handeln, wenn man Bürgerguthaben über längere Zeit den Marktbedingungen der Börse überläßt.

Außerdem, wäre es nicht wirtschaftlich sinnvoll, zumindest einen Teil der Kursgewinne zu realisieren und damit sowohl Schulden des Kreises als auch Schulden der Städte zu tilgen?

Der Städte, u.a. deren Spielraum in den letzten Jahren sehr eingeeengt war und die nun bei anziehender Konjunktur und einer Kürzung der Kreisumlage von z.B. 5% gebunden an eine entsprechende Schuldentilgung eine tiefgreifende Sanierung vornehmen könnten?

Möglich wäre diese Größenordnung, meine Damen und Herren, jawohl, dann würden immer noch 10 Millionen zur Schuldentilgung des Kreishaushaltes verbleiben, natürlich einzusetzen zur rechten Zeit, ohne Vorfälligkeitsentschädigung.

Und außerdem, würde auch noch ein ansehnliches Aktienpaket mit dem Einlagewert von vor 3 Jahren verbleiben, womit auch eine gewisse ordnungs- und strukturpolitische Bedeutung erhalten bliebe.

*Und das Kursrisiko auf 1/3 beschränkt würde!*

Meine Damen und Herren, über derartige Entwicklungen und Möglichkeiten müssen wir doch nachdenken, das ist unsere verdammte Pflicht, das ist kein Populismus, Herr Neumann!

Es gibt auch andere Möglichkeiten und darum hat die FWG den Antrag gestellt, die Verwaltung möge beauftragt werden, die sinnvollste Gestaltung aufzuzeigen.

Keinesfalls geht es dabei um eine Versilberung der Aktien, um sie einfach in den Konsum zu stecken.

Das, Herr Dr. Gericke, wäre in der Tat leichtfertig, den Schuh zieht sich die FWG aber nicht an!

Schade, daß sich niemand von Ihnen überhaupt nur mit dieser Problematik bisher beschäftigen wollte, ist dieses Verhalten nicht eher fahrlässig?

Statt der aufgezeigten massiven Entschuldung der Städte fahren Sie, Herr Hild, über Land und preisen ihre vergleichsweise rein kosmetische Entlastung von 0,2 % (500.000€) an wie ein Geschenk, das nur möglich ist, wenn alle hohen Feiertage zusammen kommen.

Herr Juli, Sie haben Recht, der Kreis entlastet sich auf Kosten der Städte und Gemeinden.

*Sie / Kreis*  
Wir ergänzen: und ~~wir~~ schauen tatenlos zu!

Schön, das wenigstens einige von Ihnen bereit sind, den Ausgabenbereich der Gesellschaft für Kulturförderung zu überdenken, da die Gesellschaft ja bestehen bleiben soll.

Auch hier sagen wir ganz klar: wir wollen die Förderung der Kultur und besonders auch der Kreismusikschule.

Aber es dürfen hier keine Sonderrechte entstehen, darum fordern wir die Ausdehnung des Gesellschaftszwecks auf Bereiche der Altenpflege, Jugendförderung oder des Breitensports.

Das Fazit meiner hier geäußerten Überzeugungen dürfte nicht schwer zu ziehen sein.

Es kann nur lauten: die FWG stimmt diesem Haushalt nicht zu, alle Fraktionsmitglieder sind zu diesem Ergebnis gekommen.

*Danke an die Mitglieder des Kreisvereins*  
Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen, daß Sie so geduldig und freundlich waren, mir zuzuhören.

*H. H. H.*